

# Russische Weltrevolutionsspläne für Deutschland.

## Millionengoldmarksendungen der Sowjetregierung nach Berlin.

Berlin, 18. September. Auf Seiten der sowjetrussischen Machthaber scheint man die angeblichste Waffe Deutschlands für geeignet zu halten, die Weltrevolution, die bekanntlich bisher über Russland nicht recht hinauswollte, wieder einmal nach Deutschland vorzudringen zu lassen. Wie nämlich von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, sind aus den Geldstücken der Sowjetregierung in den letzten Tagen der deutschen R.P.D. erhebliche Leistungen — es soll sich um über 10 Millionen Goldmark handeln — zugesellt worden mit der Wollung, sie zur Ausübung des ersten des Verbotes in Preußen heimlich weiterbestehenden proletarischen Unterdrückungen, sowie zur Vorbereitung des in nächster Zeit zu erwartenden Umsturzes zu verwenden. Auch seien große Potenzen handen zu lassen und Gewichte, die man in Russland infolge der Verkleinerung der roten Armee entbehren könnte, als feiner Durchschlag unterliegenden Krieg gegen das Deutsche Reich gesehen und hier in den Berliner Hörmöglichkeiten der russischen Handelsvertretung vorsätzlich untergedrückt worden. Man sei in den Kreisen der sozialistischen Diktatoren der Ansicht, daß der katastrophale Markterfall und die herannahende Auflösung des Wirtschaftssystems die Regierung Sitzesmann bald belegen und für eine kommunistische Arbeiterrégierung Platz gewähren werde.

Diese Angaben treffen sicher zu, so tatsächlich von den russischen Vertretungen in Berlin in den letzten Tagen große Ausläufe namentlich auch in Lebensmittelkram gemacht wurden, die scheinbar bereitgestellt werden, um bei einer einmaligen Krise die unvermeidlichen Ernährungsschwierigkeiten möglichst für die kommunistischen Anhänger mildern zu können.

Die Reichsregierung wird unverzüglich diese Angaben prüfen und darüber eine Erklärung abgeben müssen.

## Ausnahmestand in Oberbaden.

Karlsruhe, 18. Sept. Die vor Basel liegende badische Grenzstadt Lörrach war gestern, wie schon kurz gemeldet, der Schauplatz eines Blutbades junger Kommunisten, den das Versagen der Schutzpolizei ermöglicht. Es fanden Wohnverhandlungen statt, die am Abend mit der Bewährung eines Stundenlohnes von 60 Goldmarken für Bauarbeiter und Handwerker und einer einmaligen Beihilfe von 50 Schweizer Franken endete. Um einen Fried-

auf die Verhandlungen auszuüben, führten die kommunalischen Demonstranten den Amtmann Regierungsrat Dr. Grieser im Zuge durch die Stadt zum Verwaltungsgebäude.

Karlsruhe, 18. Sept. Zu den Demonstrationen und Unruhen in Oberbaden wird amtlich mitgeteilt: Nachdem heute früh einigermaßen Ruhe eingetreten war, fanden vormittags erneute Angriffe der Demonstranten auf die Polizei statt. Besonders auf die Polizei abgeschossene Schüsse wurden von dieser nicht erwidert. In Südingen fanden gehörig abends im Bezirksamt Wohnverhandlungen statt, die sehr stark unter dem Druck der Strafe handelten. Die vor dem Bezirksamt angemeldete Menge drohte vorübergehend in das Amtsgebäude ein. Nachdem wurden auswärtige Polizeikräfte eingeflogen, die die Ordnung wieder herstellten. Hinzu kam die Beteiligung in den oberbadischen Bezirksämtern verhängte das Staatsministerium durch Verordnung vom heutigen Tage über die Amtsbezirke Lörrach, Schopfheim, Schorndorf und Säckingen den Ausnahmezustand. (B. T. B.)

## Die Schweiz fühlt sich beunruhigt.

Breisach, 18. Sept. Die kommunistische Bewegung im badischen Wiesental hat sich weiter ausgedehnt. Den Streitenden haben sich chemische Fabriken und andere Betriebe angeschlossen. Am Elektrizitätswerke Altenfelden haben die Arbeiter auch die Stromzufuhr für das Streitgebiet abgeschnitten. Kommunisten teilten auf dem Markt in Lörrach mit, daß die Kommunisten die französischen Heeresgrenzen hätten, weil sich in der neutralen Zone Reichswehrtruppen befänden. Die Stimmung in der Stadt Lörrach selbst ist sehr bedrohlich. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben die kommunistische Bewegung an der Grenze mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, da man unter Umständen einen Werkraum auf Schweizer Gebiet befürchtet. Das Schweizer Grenzpersonal ist verstärkt worden.

## Die anhaltische Sozialdemokratie gegen den sächsischen Kurs.

Dessau, 18. Sept. Die Landeskongress der anhaltischen Sozialdemokratie, an der auch der Blasenauer a. D. Bauer und Reichsstaatsabgeordneter Bender aus Magdeburg teilnahmen, setzte mit 18 gegen 7 Stimmen eine Entschließung, in welcher der Eintritt der Sozialdemokratie in die große Koalition gebilligt wird. Eine starke Entschließung der Opposition gegen den Reichswirtschaftsminister und für den sächsischen Ministerpräsidenten wurde mit demselben Stimmverhältnis abgelehnt.

## Aufhebung der Ausfuhrverbote.

### Eine Verordnung über Ausfuhr und Devisenablieferung.

#### Die Einschränkung der Ausfuhrkontrolle.

Berlin, 18. Sept. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse haben eine wesentliche Einschränkung der Ausfuhrkontrolle erforderlich gemacht. Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien seitens daher mit Wirkung vom 27. September 1923 alle bisherigen Ausfuhrverbote anhebt und bringt eine neue Liste der Waren, die in Zukunft nicht einer Ausfuhrbewilligung bedürfen. Demnach sind alle nicht in dieser Liste erwähnten Waren nunmehr ausfuhrfrei, d. h. sie bedürfen keiner Ausfuhrbewilligung mehr. Damit entfällt auch die Abschaffung in der erleichterten Form der Bekanntmachung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen vom 19. Mai 1923 mit Devisenablieferungsverfügungen.

Die neue Verbotsliste umfaßt im wesentlichen nur noch Zahlungsmittel, Rohstoffe und gewisse Halbfabrikate, an denen die deutsche weiterverarbeitende Industrie besonders interessiert ist. Ausführungsrechte für diese Waren sind vorerst an die bisher zugänglich gewordenen Bevollmächtigungen zu richten. Für die nunmehr ausfuhrfreien Waren sind kleinere Bevollmächtigte mehr erforderlich. Es wird jedoch darauf hinweisen, daß wie bisher auch bei ausfuhrfreien Waren der grüne statistische Schein und die Ausfuhrverlauten den Verbandspapieren beizuhalten sind.

Mehr als bisher ist aber zum Schutze der Währung erforderlich, daß alle

#### Ausfuhrerlöne in hochwertiger Wahrung ins Ausland übergeschoben und sonst irgend möglich an die Reichsbank abgeliefert

werden. Nachdem infolge der starken Einschränkung des Ausfuhrverbotes dieses Ziel nicht mehr mit den Mitteln der Außenhandelskontrolle erreicht werden kann, wird durch eine gleichzeitig veröffentlichte Verordnung auf Grund des Roßgesetzes die Kostierung und Zahlung von Exportwaren in hochwertiger Wahrung sowie die Verwendung der Gegenwerte im Interesse der deutschen Wirtschaft und auch

die Ablieferung an die Reichsbank vorgeschrieben. Grundsätzlich soll die Preisstellung in der Währung des Empfangslandes erfolgen. Unabhängig davon sind aber allgemein die vielgebräuchlichen internationalen Währungen, der Dollar, das Pfund, der holländische Gulden und der Schweizer Franken, zugelassen. Alle Mindestsätze der Ablieferung sind durchweg 10 v. H. der Exportdevisen vorgeschrieben worden. Diese neue Regelung wird die Erfassung von Exportdevisen wirksamer gestalten und die Ablieferungskontrolle insbesondere auch auf alle ausfuhrfreie Waren erüben, was bisher nicht möglich war. Es ist noch darauf hinzuweisen, daß alle anderen Ausfuhrverbote und sonstigen für die Ausfuhr geltenden Bestimmungen, soweit sie auf anderer Rechtsgrundlage als der Verordnung über die Außenhandelskontrolle beruhen (wie z. B. für Kriegsgut, Ölum, Tieberthermometer) unberührt bleiben. (B. T. B.)

#### Die Zölle auf Luxuswaren.

Berlin, 18. Sept. Der wirtschaftspolitisch Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit den ihm vom Reichsfinanzministerium zur Begutachtung vorgelegten Entwürfe einer Verordnung über Zollerhöhungen. Der Entwurf sieht u. a. die Einführung von Zöllen bei fast allen Waren vor und zwar hauptsächlich bei Luxuswaren. Der Vorlage wurde zugestimmt unter Annahme einer Entschließung, die u. a. bei seinem Vollsammelnen eine Erhöhung der jetzigen Zollsätze bis 100 Prozent wünscht. (B. T. B.)

Es handelt sich hierbei um einen vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Entwurf einer Verordnung, die eine starke Zollerhöhung vorrichtet zur Eindämmung der Einfuhr entbehrlicher Luxusgegenstände. Die Erhöhungen betragen 33, 50 und 100 und bei zwei Warentypen sogar über 100 Prozent.

#### Die anhaltische Regierung gegen wuchernde Brotpreise.

Dessau, 18. Sept. Die anhaltische Staatsregierung hat gegen alle Bäckermeister, die nach Beschluss der Finanzkammer vom 12. September für ein marktfreies Brot 9 Mill. M. genommen hatten, Strafantrag wegen Baders gestellt, weil nach den amtlichen Ermittlungen der Preisprüfungskommission höchstens 7 Mill. M. genommen werden durften. (B. T. B.)

## Die Tierärztliche Hochschule in Dresden.

### Zu ihrer Verleihung nach Velpais.

Nachdem im Jahre 1761 in Lyon eine Ecole vétérinaire begründet worden war, reisten sich auch in anderen Ländern Bestrebungen zu gleicher Zwecke, so auch in Savoien. Hier gab die erste Anrechnung dann die Landschaft Orléans, Monfaucon und Commerçien-Députation, die in einem Bericht vom November 1765 forderte, daß man behufs Bekämpfung der Hornviehpest eine nicht allein in der Medizin, Physik und Botanik, sondern auch besonders in der tierischen Land-Wirthschaft anatomische Kenntnisse und Erfahrung besitzende Personen auf die Ecole vétérinaire nach Lyon zur Ausbildung dortiger Vorlesungen und Erlernung der dafürs üblichen Behandlungs-Arten, auch Beobachtung anderer zur Abwendung und Bekämpfung dieses Übelns getroffener Maßnahmen abzufinden, damit feldwiese, nach ihrer Zurückfahrt, endlich einmal einige richtige und auf hiesige Lande passende Theorie sowohl der wahren Ursachen, als der leichteren und sicherer Curen dieser Viehkrankheiten, an Hand zu geben und zugleich auch andern Unterricht darinnen zu ertheilen im Stande wäre.

Hinzußtatt sollte die Sache nicht recht in Auge kommen. Da nahm sich der kurfürstliche Oberstallmeister Heinrich Gottlob Graf v. Lindenau ihrer an und empfahl auch gleich die ihm geeignet erscheinende Person für die Errichtung nach Lyon, nämlich den Commerçien-Députations Chirurgus Friedrich Weber aus Commerçien. Nachdem nun im Prinzip die Errichtung einer Tierärzteklinik bestlossen worden war, wurde Weber in Beauftragung des "Schneiders-Bürgers" Johann Gottlob Hirsch im Juni 1768 nach Alsfeld bei Paris gesandt, um an der dortigen inzwischen nach Lyoner Muster gegründeten Ecole vétérinaire die Hof- und Viehärztekunst zu erlernen.

Der Schreiber des Oberstallmeisters v. Lindenau hatte ihn nicht getroffen; Weber hatte seine Zeit auf genügt. Als er mit Hirsch im Jahre 1771 nach Dresden zurückkehrte, wurden beide. Weber als Oberstallmeister, Hirsch als Hofarzt im Kurfürstlichen Stalle ansetzelt, und Weber scheint auch sofort in höchstem Maße seine Tätigkeit als tierärztlicher Lehrer begonnen zu haben. Lindenau, unterstützt von der eingesang erwähnten Landes-Oeconomie-nom. Deputation, betrieb nun energisch die Errichtung einer von Weber aufgestellten Planes zur Errichtung einer staatlichen Tierärzteklinik, dem auch die Landes-Regierung gänzlich genehmigt stand. Nur der Kurfürst sah noch die hohen Kosten. So stand zwar die Wissenschaftliche Tierärzteklinik schon seit 1774, aber nur als Privatanstalt, sie als Staatsinstitut zu sehen, war ihrem

## Örtliches und Sachsisches.

### Gehirnrat Helm's Beisetzung.

Im Krematorium in Dresden-Tolkewitz wurde am Dienstag mittag nach einer ergreifenden Trauerfeier der sterbliche Leib Georg Helm's, des großen Gelehrten und prächtigen Menschen, der Wissenschaft übergeben. Der wunderbare Humanismus, mit dem der Sarg bedeckt war, und die starke Beteiligung an der Feier zeigten zum letzten Male die große Verehrung und Liebe für den Entschlossenen. Auch der Ehrlöper der Technischen Hochschule sah man die Ministerialdirektoren Wehr. Ritter Dr. Schmalz und Dr. Böhme sowie den Oberstudienrat Dr. Voßmann von der Annenschule, an der der Verstorbenen ebenfalls längere Jahre gewirkt hat. Rechts und links des Sarges standen die Chargierten des Korporationsverbandes der Studentenschaft und der freischlagenden Verbindung Polyanitia, deren Alter Herr der Verdiente gewesen ist. Das weinvolle Orgelspiel des Organisten Beyoldt leitete zu der Gedächtnisrede des Professor Böhme von der Annenschule über, in der dieser ein ausgezeichnetes Bild des reichbegabten Lebens entwarf, das eine Einheit von Seelen und Witte, von Gedankenarbeit und lieber, wortloser Menschlichkeit gewesen sei. Zehn Jahre lang sei Georg Helm als erster Vertreter der Vorstandes der Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche gewesen. Auch dafür widmete der Geistliche ihm herzliche Dankesworte.

Dann trat Professor Dr. Riegel, angestellt mit der goldenen Amisseite des Rektors, an die Bahre, um namens des Professorenkollegiums der Technischen Hochschule den Heimgangsegen zu senden. Danach in die Ewigkeit nachzurufen und am Tore den verdienten Vorwerk niederzulegen. Die reiche Freude dieses Lehrerstandes habe der Hochschule zu großem Segen gereicht und werde ihr weiterhin zur bleibenden Ehre gereichen. Langer als 30 Jahre habe Georg Helm an ihr in vorbildlicher Tätigkeit und mit einem allgemein anerkannten Erfolg als akademischer Lehrer gewirkt. Die Technische Hochschule vertritt in Georg Helm aber nicht nur den erstaureichen Vorstand und nimmermüden Lehrer, Helms Andenken werde auch lebendig erhalten durch die Erinnerung an den Edelstein und die Opferbereitschaft, mit der er sich einer größeren Anzahl von mühseligen Pflichten im Dienste der Allgemeinheit unterzog. Professor Dr. Kahn, der Vorstand der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule, überbrachte unter Riedergabe eines Urkanges den Abstodesgruß der engeren Kollegen. Georg Helm sei ein Großer in seinem Fach gewesen. Er habe zu den Führern der Technischen Hochschule gehört und ihm sei es wesentlich mit zu verdanken, daß die Mathematik an der Hochschule eine hervorragende Stelle eingenommen habe. Dann legten ein Vertreter der Polyanitia und ein Vertreter der Studentenschaft und des Verbandes der Korporationen Kränze mit innigen Dankesworten nieder. Professor Dr. Huey sprach Abschiedsworte für die Naturwissenschaftliche Gesellschaft Ifis, deren Vorsitzender und Verwaltungsrat der Entschlossene gewesen ist. — Die umstehende Zeile neigte sich zum letzten Grabe, als der Sarg langsam verabschiedet wurde.

### Der Fortbestand der Straßenbahn fraglich?

Zu der Tarif erhöhung auf 2 Millionen Mark, die am heutigen Mittwoch in Kraft tritt, schreibt uns die Straßenbahndirektion:

Vom Beginn voriger Woche an haben sich Gehälter und Löhne mehr als verdreifacht. Die Warenpreise waren ihnen zum Teil schon vorangegangen; es gibt nur noch wenige Ausnahmen, die nicht auf Dollar oder Goldmark oder sonst ein wertbeständiges Zahlungsmittel laufen. Die logische Folge ist, daß die Straßenbahngäste vom 9. September an bereits 2 Millionen Mark hätten bezahlen müssen. Denn außer dem täglichen Bedarf muß eine lauwarmhaltende Linie laufende Zahlungen getragen werden. Da die neuen Erhöhungen erst im Laufe des Sonnabends bekannt wurden, war eine Heraufsetzung des Tarifs vor Mittwoch, den 19. d. M., nicht möglich. Das bedeutet für die Straßenbahn einen Verlust von rund 1700 Milliarden Mark! Heute hören wir schon von einer weiteren Steigerung der Gehälter und Löhne mit Wirkung vom 17. September an. Danach müßte der Straßenbahnpersonal bereits vom 17. September an mindestens 3 Millionen Mark betrügen, wenn er nur entsprechend den Gehältern und Löhnen steige und wenn man von einer Reduktion der riesigen Detektive jede Woche durch die rückwirksenden Bewilligungen entstehen, ganz verschieden wolle. Diese wenigen Bohlen zeigen, daß, wenn die Verhältnisse so weiter gehen und nicht ganz einschneidende Maßnahmen getroffen werden, der Fortbestand der Dresdenner Straßenbahn nur noch eine Frage von wenigen Wochen ist. Die Gehälter und Löhne müssen nur den notdürftigsten Anforderungen der erzeugenden Werke entsprechen und Gehälter und Löhne müssen noch knapp dem Lebenshaltungsindex angepaßt sein; Tatjache ist, daß sie den Betrieb in kürzer Zeit zugrunde richten, weil aus ihm beim besten Willen nicht entfernt das Verhältnis geholt werden kann, was von ihm gefordert wird. Denn die neuen Tarife zu fordern, ehe die Höheigkeit im Verhältnis der neuen Preise sind, würde nur eine Erhöhung der Abwanderung, aber keine Vermehrung der Einnahmen bedeuten. Hier gibt's nur eine Wahl: Entweder

Gründner nicht mehr vergönnt; denn Weber war, erhielt 35 Jahre alt, bereits am 2. November 1778. Zum Hofjägermeister als Oberstallmeister wurde durch kurfürstliches Rekript vom 22. Juni 1779 Georg Ludwig Rumpf ernannt. Da es nun aber an einem Ort fehlte, wo dieser "seine Schule halten" konnte, schlug der Oberstallmeister den Anlauf des Weberschen Grundstückes vor dem Bläßdorfer Tore wo sich gegenwärtig das Hauptwohnhaus befindet vor, und am 7. Oktober 1779 wurde ihm eröffnet, daß das Webersche Grundstück für 1500 Thaler gekauft und Rumpf zum Professor der Tierarzneikunde ernannt worden sei. Das bedeutet den Anfang der staatlichen Tierärztekunst.

Die bisherige Geschichte der Hochschule gliedert sich in vier Zeithälfte: 1. unter dem Oberstallmeister 1774 bis 1815;

2. unter der Direktion der Chirurgisch-Medizinischen Akademie 1815 bis 1866; 3. unter der Commission für das Veterinärwesen 1866 bis 1889; 4. als selbständige Hochschule mit Rektor und Senat, 1889 bis 1923. Mit dem 1. Oktober dieses Jahres beginnt nun für unsere Tierärztekunst ein neuer, stürmischer Zeithälfte: als veterinarärztliche Hochschule ein neuer, stürmischer Zeithälfte: als veterinarärztliche Hochschule nach Velpais zu verlegen, wo sie fünftig als veterinar-medizinische Fakultät der Landesuniversität angegliedert werden wird.

Wie sieht die Zukunft der Frage der Allgemeinheit und der Wissenschaft zum Segen gereichen? A. L.

## Kunst und Wissenschaft.

### Ein berühmter Musiker gegen Poincaré.

Der amerikanische Pianist und Dirigent Artur Rubinstein, der Schwiegersohn Max Walds, hat auf eine französische Einladung folgendes geantwortet:

An den Verwaltungsrat der Gesellschaft

"La Bienvenue Française". Paris.

Sehr geehrte Herren!

Sie haben mir die Ehre erwiesen, mich zu den von Ihrer Gesellschaft in Paris organisierten musikalischen Festlichkeiten einzuladen. Ich danke Ihnen bestens. Ich habe von Ihrem Programm Kenntnis genommen und finde es besonders interessant, daß La Bienvenue Française ist „Eine Weltfestschrift zur Förderung des intellektuellen und moralischen Austausches zwischen den Nationen“ nenn. Dieses ist in der Tat ein vorzüliches Ziel, an dem ich mich bestmöglich wünsche. Nur scheint mir dieses Ziel mit der Politik, die Frankreich seit sieben Monaten im Ruhrgebiet verfolgt, schwer vereinbar. Die Ver-